

Politischer Jahresbericht

Äthiopien 2005/2006



Addis Abeba

Länderbüro Äthiopien, Juli 2005-Juli 2006

Christian Peters-Berries

Büro Addis Abeba,
off Bole Medhanelum Road, P.O.Box 1374, code 1250
Addis Abeba
T 00251-11-6518918 F 00251-11-6185488
Email: info@hbf.addis.org

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Innenpolitische Krise	2
2. Die schwierige Situation der Geber....	5
3. Die Opposition – missverstanden oder doch national-chauvinistisch?.....	6
4. Wirtschafts- und entwicklungspolitische Fragen.....	7
5. Umweltprobleme.....	8
6. Die Krise am Horn von Afrika – Eritrea und Somalia.....	9
Ausblick.....	9

Zusammenfassung

Das umstrittene Ergebnis der Parlamentswahlen vom Mai 2005 löste in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba Unruhen aus, die die Regierung gewaltsam und blutig niedergeschlagen ließ. Zwar konnte die Regierung von Premierminister Meles Zenawi knapp eine Zweidrittelmehrheit im Parlament behaupten, sie verlor aber stark an innerer Legitimation und außenpolitischem Ansehen. Die Inhaftierung wichtiger Oppositionspolitiker und kritischer Journalisten ‚beruhigte‘ zwar die innenpolitische Situation, löste aber die Krise nicht.

Die Geberländer und -institutionen gerieten durch die aggressive Reaktion der Meles-Regierung auf die oppositionelle Herausforderung in eine unangenehme Situation: Einerseits konnten sie die Menschenrechtsverletzungen nicht ‚ungestraft‘ durchgehen lassen, andererseits hätte eine Einstellung oder starke Beschränkung der Hilfen die durch hohe Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Äthiopiens erreichten Fortschritte riskiert. Im Gefolge der Weltbank gingen daher einige Geber dazu über, anstelle direkter Budgethilfen soziale Programmhilfen zu gewähren.

Die Opposition zerfiel nach den Wahlen in mehrere Gruppen und ist momentan politisch nur bedingt handlungsfähig. Ein Teil der Opposition verweigert sich der Mitarbeit im politischen System, ein anderer beginnt sich zögerlich mit den Verhältnissen zu arrangieren und ein dritter Teil versucht aus dem Ausland, die Regierung zu stürzen.

Die EPRDFi-Regierung stützt sich zum Erhalt Ihrer Macht weiterhin auf einen weit verzweigten Patronageapparat. Hilfreich ist dabei das parteinahe Wirtschaftsimperium der Tigray People's Liberation Front (TPLF)ⁱⁱ und des dem Regime nahestehenden Wirtschaftsmagnaten Al-Ahmoudi. Die Patronagestrukturen tragen dazu bei, dass der von der Regierung propagierte Modernisierungsschub in der Gesellschaft nur langsam vorankommt.

Schwere Umweltprobleme, hervorgerufen durch die Übernutzung natürlicher Ressourcen, stellen ein weiteres, wichtiges und dringendes Problem dar. Kommt es nicht rasch zur Eindämmung der Bodenerosion und des Absinkens des Grundwasserspiegels, droht dem Land eine Katastrophe.

Die Grenzstreitigkeiten mit Eritrea werden auf absehbare Zeit nicht gelöst werden, da die innenpolitische Situation dies nicht zulässt. Ein Nachgeben Äthiopiens gegenüber Eritrea würde von der nationalistischen Opposition als Schwäche der Regierung ausgelegt. Hingegen eröffnet die Machtübernahme der Islamic Courts Union in Somalia der äthiopischen Regierung die Möglichkeit, sich mehr noch als bisher den USA als Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus anzubieten.

1. Innenpolitische Krise

Die politische Situation und Entwicklung im Berichtsjahr wurde wesentlich bestimmt von den im Mai 2005 abgehaltenen allgemeinen Parlamentswahlen.

Die Wahlen

Im Vorfeld der Wahlen hatte die Regierung von Premierminister Meles Zenawi das politische System Äthiopiens so weit wie nie zuvor in der Geschichte des Landes liberalisiert. Bis dahin hatten Oppositionsparteien kaum eine Rolle gespielt (bis 2005 gab es nur 12 Oppositionsabgeordnete im Parlamentⁱⁱⁱ) und die Regierung rechnete offensichtlich in Verkennung der politischen Realitäten nicht damit, dass sich dies jemals ändern könnte.

Doch das Resultat der politischen Liberalisierung war verblüffend. Es war als hätte besonders die urbane Bevölkerung Äthiopiens nur darauf gewartet, endlich ihren Wünschen und Erwartungen differenziert Ausdruck geben zu können:

- Quasi über Nacht entstand eine kritische, private Presse mit mehr als 20 regelmäßigen Publikationen, die viele der Regierung unbequeme Fragen thematisierte.
- Innerhalb weniger Wochen formierte sich eine kraftvolle Opposition, zu großen Teilen organisiert in der „Coalition for Unity and Democracy“ (CUD) und zum geringeren Teil in der „United Ethiopian Democratic Front“ (UEDF^{iv}). Die Regierungspartei EPRDF^v wurde von der Gründung der neuen Partei politisch ‚kalt‘ erwischt und geriet vor den Wahlen in die Defensive.
- Aufgrund der Neugestaltung der politischen Landschaft erweiterte sich auch das Spektrum politischer Themen: wurden ehemals in „alt-sozialistischer“ Manier der unaufhaltsame Fortschritt in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bejubelt, stellte nun die Opposition unbequeme Fragen zum Eigentumsrecht in der Landwirtschaft, zu den Privatisierungen, zum Wirtschaftsimperium der TPLF und zu den Menschenrechten.

- Besonders in den urbanen Agglomerationen vermochte die EPRDF nicht adäquat auf die plötzliche politische Herausforderung zu reagieren: die soziale Unzufriedenheit, besonders unter der jungen Generation, verschmolz mit einem ‚amharischen‘ Nationalismus (der sich gegen die Herrschaft der Tigraer um Premierminister Meles richtet und die Unabhängigkeit Eritreas nicht akzeptieren will) und fand in der CUD eine wählbare politische Alternative.

Die Regierung erkannte erst spät die Gefährlichkeit der Situation. Äußeres Indiz dafür waren die Massendemonstrationen. Vermochte die Regierung zu ihrer Hauptwahlkampfveranstaltung in Addis Abeba (mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen und materiellen Anreizen) lediglich rund 150.000 Menschen zu mobilisieren, so übertrumpfte sie am Tag darauf die CUD mit geschätzten 250.000 TeilnehmerInnen^{vi}. Die Regierung Meles zog in allerletzter Minute die machtpolitische Notbremse.

In aller Eile wurde in den ländlichen Gebieten durch die lokalen Entwicklungskomitees allen Wählern in gewohnt neo-patrimonialer Art klar gemacht, dass es ohne EPRDF in Zukunft keine Entwicklung (Infrastruktur, Dürrehilfe, Nahrungsmittelnothilfe etc.) geben würde. Nachbarschaftskomitees eilten von Haus zu Haus und ‚ermunterten‘ zur ‚richtigen‘ Wahl.^{vii}

Zugleich ‚entmachtete‘ die Regierung die zukünftige Stadtverwaltung von Addis Abeba durch den Entzug wichtiger direkter Einnahmequellen (Kfz-Steuer, Mieten etc.), durch die Unterstellung der Polizei unter die Bundesregierung sowie durch die Verlagerung der NGO-Zulassungskompetenz hin zur Bundesregierung. Zusätzlich verlegte die Regierung noch die Verwaltung der Region Oromiya zurück nach Addis Abeba (von Nazret). Damit sollte sichergestellt werden, dass bei einem Verlust der Hauptstadt in den gleichzeitig mit den nationalen Wahlen abgehaltenen Lokalwahlen, nicht die gesamte Hauptstadtverwaltung in die Hände der Opposition fallen würde. Die Präsenz der Bundespolizei und militärischer Sondereinheiten in der Hauptstadt wurde kurz vor den Wahlen stark erhöht, angeblich, um die Sicherheit in der Stadt zu verbessern; zugleich erließ die Regierung unmittelbar nach den Wahlen ein totales Versammlungsverbot in der Hauptstadt.

Die Wahlen selbst verliefen jedoch friedlich und recht fair. Sie gelten allgemein als die fairsten und freiesten Wahlen, die je in Äthiopien abgehalten wurden. Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung mehr als 90%, was die Probleme bei der Auszählung noch verschärfte. Nur in knapp einem Drittel der Wahlkreise wurden, wie im Wahlgesetz gefordert, die Ergebnisse öffentlich gemacht. In etwa einem Fünftel der Wahlkreise gab es Proteste wegen angeblicher Fälschungen und in rund 30 Wahlkreisen musste nachgewählt werden. Alle Nachwahlen wurden von der Regierungspartei EPRDF gewonnen. So konnte die EPRDF einigen Kandidaten, die wie der Informationsminister Bereket Simon in anderen Wahlkreisen gescheitert waren, nachträglich zu einem Parlamentssitz verhelfen. Die sicherlich nicht unabhängige Wahlkommission verzögerte die Verkündung der endgültigen Wahlergebnisse und begründete dies u.a. mit den schwierigen Transportbedingungen und den Nachwahlen. Erst drei Monate nach den Wahlen wurden die endgültigen Wahlergebnisse veröffentlicht.

Ergebnis der Wahlen vom 15.05.2005

Partei	Partei Sitze 2005	Sitze 2000
EPRDF	327	481
CUD	109	3*
UEDF	52	9*
SPDP	23	19
OFDM	11	0
BGPDUF	8	6
ANDP	9	9
Andere	7	21
Gesamt	545+	547

EIU 2005, Country Report:14

* = Diese Partei-Allianzen existierten 2000 noch nicht, aber einzelne Bestandteile waren bereits zur Wahl angetreten.
+ = noch nicht entschiedene Sitze

Blutige Unruhen

Zuvor hatte es blutige Ausschreitungen in Addis Abeba gegeben, ausgelöst von den Regierungsmedien, die den Sieg für die EPRDF verkündeten, ohne dass die Wahlkommission die Wahlergebnisse öffentlich gemacht hätte, während ein inoffizieller Wahlbericht der EU eher der Opposition den Wahlsieg zubilligte. Als Studenten am 5. Juni 2005 erstmals trotz des bestehenden Versammlungsverbots demonstrierten, verhaftete die Polizei Hunderte von ihnen. Am 8. Juni kam es zu einer großen, nicht genehmigten Demonstration in Addis Abeba, bei der die Sicherheitskräfte mindestens 36 Menschen erschossen und Tausende inhaftierten. Die Bilder exzessiver staatlicher Gewalt gegen Demonstranten – über das Internet innerhalb weniger Tage in die ganze Welt verbreitet – waren für die Regierung Meles verheerend. Das über lange Jahre mühsam aufgebaute Image eines Rechtsstaat und Menschenrechte achtenden Premierministers und einer sich schrittweise in Richtung Demokratie transformierenden Gesellschaft wurde über Nacht zerstört.

Zudem beschloss das bestehende Parlament in seiner letzten Sitzung nach den Wahlen im Juni 2005 eine Änderung der Geschäftsordnung: Angesichts der sich abzeichnenden starken Präsenz der Opposition im Parlament, verfügte die alte 95%-Mehrheit der EPRDF, dass in Zukunft eine 50.1% Mehrheit zur Einbringung von Anträgen und Anfragen sowie zur Festsetzung der Tagesordnung notwendig sei. Dies machte es der Opposition im neuen Parlament unmöglich, konstruktiv mitzuwirken und provozierte einen parlamentarischen Boykott durch Teile der neuen Opposition.

Die verspätete Verkündung der Wahlergebnisse, Fälle zum Teil extremer Einschüchterung von Wählern und Oppositionspolitikern (vier Tote) sowie Manipulationen an Wahlurnen ließen die kritischen EU-Wahlbeobachter im August 2005 in ihrem Abschlussbericht urteilen: „The polls have failed to satisfy international standards or Ethiopians’ aspirations for democracy“.

Damit stärkten die EU-Wahlbeobachter indirekt die Opposition – besonders die CUD -, die aus Protest gegen die Manipulationen und die gewalttätigen Übergriffe der Regierung in der Mehrzahl ihre Sitze im Parlament zunächst nicht einnahm. Unter Vermittlung der EU hatte es zwar Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition gegeben. Diese scheiterten jedoch, weil die Regierung nicht bereit war, Konzessionen an die parlamentarische Präsenz der Opposition zu gewähren. Da auch die Führer der CUD dem Parlament fernblieben, eröffneten sie der Regierung die Möglichkeit, ihnen die Immunität abzuerkennen und sie wegen angeblichen Hochverrats und Aufwiegelung zum Völkermord festnehmen zu lassen. Diese Anklagen sind als politisch zu bewerten und als Druckmittel auf die Oppositionsführer, sich mit dem Status Quo zu arrangieren oder die Todesstrafe zu riskieren.

Aushöhlung der politischen Legitimation

Anfang November 2005 entlud sich die gegen die Regierung aufgebaute Wut in neuerlichen Demonstrationen, nachdem die wichtigsten CUD-Führer sowie etliche kritische JournalistInnen^{viii} und StudentInnen verhaftet worden waren. Die CUD-Führung hatte ihrerseits zur Aufheizung der Situation beigetragen, in dem sie zu passivem Widerstand in den Städten (lautes Hupen vor allem durch Taxis und Minibusse), zum Boykott von Produkten regierungsnaher Firmen und zu einem Generalstreik aufgerufen hatte. Doch der Versuch, eine ‚orange Revolution‘ zu starten, schlug fehl. Als etliche Taxi-Fahrer wegen des Hupens festgenommen wurden, kam es zu spontanen Demonstrationen. Wiederum ließ die Regierung die Demonstrationen in Addis Abeba und anderen Städten brutal zusammenschießen. Offiziell kamen dabei 42 Menschen ums Leben – in Wahrheit waren es wohl weitaus mehr.

Um den Widerstand der Opposition zu brechen, durchkämmten die in den Städten stationierten Sicherheitskräfte in nächtlichen Razzien systematisch Wohngebiete und verhafteten Zehntausende meist junger Menschen, die der Teilnahme an den Demonstrationen verdächtig schienen. Obwohl dies nicht unabhängig verifiziert wurde, ist davon auszugehen, dass die Verhafteten wochenlang ohne Haftbefehl in zum Teil geheimen Internierungslagern gefangen gehalten und wohl auch gefoltert wurden.

Infolgedessen verschwand der Protest weitgehend aus den Strassen der Hauptstadt und der regionalen Zentren, manifestierte sich aber in anderen, subtileren Formen:

- Während der Timkat-Feiern der orthodoxen Kirche im Januar 2006 wichen viele Gläubige dem von regierungsnahen Priestern versprühten Weihwasser aus.^{ix}
- In Addis Abeba kam es zu Versorgungsengpässen bei Coca-Cola, da die Konsumenten Pepsi-Cola boykottierten, das exklusiv vom Business-Mogul Al-Ahmodi vertrieben wird. Der schillernde, saudisch-äthiopische Multi-Milliardär hatte sich öffentlich zur Regierung von Meles bekannt und war in EPRDF-T-Shirts aufgetreten.
- Bei öffentlichen Veranstaltungen, wie den beliebten Stadt-Läufen, machten viele Teilnehmer das V-Zeichen der CUD-Partei.

Der Boykott der Parlamente und die Verhaftung großer Teile der Oppositionsführung hatte weitere Konsequenzen auf regionalstaatlicher Ebene. In vielen Regionalparlamenten blieben große Teile der Opposition den Sitzungen zunächst fern und erlaubten es so der Regierungspartei, die Geschäfte weiterzuführen. Einen besonderen Fall stellt die Hauptstadt Addis Abeba dar: Hier hatte die Opposition 137 von 139 Sitzen im Stadtparlament gewonnen, konnte aber nicht die Stadtverwaltung übernehmen, weil mehr als die Hälfte der gewählten Stadtparlamentarier sich weigerten, ihre Sitze einzunehmen. Um die Stadtverwaltung zu übernehmen, werden jedoch mindestens 50% der Stimmen benötigt.

War es zunächst politischer Protest, der die Opposition von der Regierungsübernahme in Addis Abeba abhielt, schlug dies rasch in taktisches Verhalten um, als deutlich wurde, dass die Bundesregierung damit unter politischen Druck gesetzt werden konnte.

Während sich die Mehrheit der Bevölkerung, vor allem in Addis Abeba, nach November 2005 in die innere Emigration zurückzog – ein politischer Beobachter charakterisierte dieses Verhalten als „going back into the DERG-mode“ – begann eine Serie von Bombenanschlägen, die Metropole und einige andere Städte zu erschüttern. Die ersten Anschläge fanden im Januar 2006 statt und verursachten ‚lediglich‘ Sachschäden; die nächsten Anschläge im März, April und Mai 2006 hatten weitaus blutigere Folgen und kosteten etliche Menschen das Leben. Die Anschläge scheinen koordiniert gewesen zu sein, da jeweils mehrere Bomben gleichzeitig in verschiedenen Stadtteilen von Addis Abeba gezündet wurden. Da es keinerlei Bekennerbriefe oder Ähnliches gab, blieb bislang unklar, wer hinter den Anschlägen steckt.

Die sonst sehr vorsichtige freie Presse (oder was von ihr übrig geblieben ist) berichtete über die Anschläge ebenso wie die staatlichen Medien. Trotz der zunehmenden Intensität der Anschläge kam es zu keinerlei Panik in Addis Abeba.

Die Anschlagziele waren Minibusse, Restaurants, öffentliche Plätze und ein Büro der Ethiopian Airlines, was kaum Rückschlüsse auf die Ziele der Anschläge zulässt. Die Bomben waren von beschränkter Destruktionskraft, zumeist Druckluftgranaten, deren Herkunft bislang ebenfalls ungeklärt blieb.

Da niemand die Verantwortung für die Bomben übernommen hat, blühen die Gerüchte:

- Die Regierung selbst soll nach einer Version hinter den Anschlägen stecken, um sich damit eine Legitimation für ein weiteres hartes Vorgehen gegen die Opposition zu schaffen. Dies erscheint unwahrscheinlich angesichts des Risikos einer möglichen Aufdeckung und des geringen politischen Nutzens – die Regierung benötigt keine weitere Begründung, um gegen die Opposition vorzugehen. Andererseits wird von vielen Bürgern in Addis Abeba spekuliert, dass die Regierung hinter den Anschlägen steckt, um den Amerikanern die terroristische Bedrohung am Horn von Afrika deutlich zu machen. Diese Verdächtigungen spiegeln die augenblickliche regierungsfeindliche Stimmung vor allem in Addis treffend wider.

- Nach einer anderen Einschätzung, die besonders von der äthiopischen Regierung propagiert wird, hat Eritrea seine Hände im Spiel, indem es eine der in Äthiopien agierenden Befreiungsorganisationen^x unterstützt oder diese sogar direkt zu den Anschlägen angestiftet hat. Dafür spräche, dass die zum Einsatz gekommenen Granaten schwer erhältlich sind, ein hohes Maß an Planung und Geheimhaltung hinter den Anschlägen steckt (kollaboratives Verhalten) und weder spezifische Ziele getroffen, noch größerer Schaden angerichtet wurde. All dies deutet darauf hin, dass Kräfte am Werk sind, die politische Unruhe stiften und die Regierung Meles unterminieren wollen.
- Es sollte jedoch auch nicht übersehen werden, dass „Gewalt die Organisationskosten senkt“, wie der amerikanische Soziologe Olson einmal nachgewiesen hat. Anschläge provozieren staatliche Gegengewalt, die die Opfer sich enger um die Führer des Widerstandes scharen lässt. Daher ist die Vermutung nicht gänzlich von der Hand zu weisen, dass militante Gruppen im Umfeld der Opposition hinter den Anschlägen stecken. Deren Kalkül wäre demnach, die Staatsmacht zu Menschenrechtsverletzungen bei der Aufklärung der Anschläge oder bei der Verhinderung weiterer Anschläge zu provozieren, um damit sowohl die internationale Reputation der Regierung weiter zu unterminieren als auch die Mobilisierung der Bevölkerung gegen das Regime zu verstärken.

Außenpolitisch geriet die Regierung unter Druck, die Vorfälle vom Juni und November 2005 zu untersuchen und die inhaftierten Politiker und Journalisten freizulassen. Besonders die EU setzte der äthiopischen Regierung mit Mittelkürzungen und regelmäßigen informellen Treffen zu. Während zu den blutigen Unruhen eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt wurde^{xi}, blieb Premierminister Meles Zenawi in der Frage der inhaftierten Oppositionellen hart und besteht bis heute darauf, sie vor Gericht stellen zu lassen (nur in einem Ausnahmefall wurden im März 2006 18 der 129 inhaftierten Oppositionellen entlassen).

Wie sehr mittlerweile die politische Legitimation der Regierung ausgehöhlt ist, zeigt sich nicht nur am passiven Widerstand in den Städten, sondern auch an der zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in etlichen Randregionen des Landes. Zwar kam es bislang noch unter jeder äthiopischen Regierung zu begrenzten Aufständen in der Peripherie, doch die Regierung Meles hatte durch ihre Nationalitätenpolitik und den strategischen (oft harten) Einsatz von Sicherheitskräften lange Zeit die unruhigen Randregionen befriedet. Seit den Wahlen 2005 legen lokale und regionale ‚Befreiungsbewegungen‘ wieder mehr Aktivität an den Tag.

In Gambella, Somali-Ogaden, Nord-Gondar und Teilen Oromiyas gelingt es solchen Befreiungsbewegungen immer wieder, äthiopische Sicherheitskräfte zu überwältigen, Waffen zu erbeuten und ‚Kollaborateure‘ zu bestrafen. Letzteres vor allem in Oromiya, wo Häuser von bekannten Unterstützern der Regierung in ländlichen Gebieten zerstört und Menschen vertrieben wurden. Die Staatsmacht erweist sich meistens als unfähig, Recht und Ordnung wieder herzustellen und die Oromo Liberation Front (OLF) zu besiegen.

Bei der Verfolgung angeblicher OLF-Kämpfer (möglicherweise handelte es sich aber nur um kenianische Viehdiebe) überschritten äthiopische Truppen im April die Grenze zu Kenia. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit kenianischen Truppen, wobei mehr als 40 äthiopische Soldaten umgekommen sein sollen. Während dies in der kenianischen Presse berichtet wurde, schwieg die äthiopische Medienlandschaft sich darüber aus.

2. Die schwierige Situation der Geber

Die in Äthiopien zahlreich vertretenen Geber (inklusive der breiten NRO-Szene) hatten die politische Liberalisierung vor den Wahlen auch ihrem beständigen Drängen auf mehr Demokratie und gute Regierungsführung zu Gute geschrieben. Um so stärker war die Ernüchterung, als sich die Regierung angesichts des Wahlergebnisses als schlechter Verlierer erwies.

Äthiopien ist seit Ende der 90er Jahre der größte Empfänger von ‚Entwicklungshilfe‘ in Subsahara-Afrika. 2004 erhielt das Land rund 1,2 Mrd. US Dollar und hatte darauf gesetzt, dass die Gebergemeinschaft die Hilfe in den nächsten Jahren auf rund USD 8 Mrd. erhöhen würde, um die Erreichung der Millenniumsziele zu ermöglichen. Mit den Hilfen sollten vor allem die sozialen Dienstleistungen und die marode Infrastruktur (Straßen, Stromnetz, Wasserversorgung) verbessert werden.

Zur Stützung des äthiopischen Haushalts war ein Teil der Gebergemeinschaft^{xii} in den letzten Jahren dazu übergegangen, direkte Budgethilfen anstelle von programm-gebundenen Mitteln auszahlend. Direkte Budgethilfen sind ein Vertrauensbeweis der Geber, die davon ausgehen, dass die Empfängerregierung die ungebundene Hilfe effizient und im Sinne der Armutsbekämpfung einsetzt. Realiter wird direkte Budgethilfe oft trickreich zweckentfremdet. Im äthiopischen Fall ermöglichte die Budgethilfe der Regierung Meles zumindest indirekt, ihren Kontroll- und Unterdrückungsapparat aufzurüsten. Zuletzt erhielt die äthiopische Regierung in den Jahren 2003 / 2004 rund 440 Mill. US Dollar direkte Budgethilfe, und sie hoffte in den Jahren 2005 / 2006 rund 1,6 Mrd. US Dollar zu erhalten.^{xiii} Infolge der blutigen Unterdrückung der Proteste im Juni und November 2005 sowie der Inhaftierung der Führung der CUD drückten die Geber ihre Missbilligung durch das Einfrieren der Budgethilfe aus. Auch andere Geber hielten bereits zugesagte Mittel vorerst zurück. Äthiopien droht damit ein Rückgang anstelle des anvisierten starken Anstiegs der Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit.

Doch die äthiopische Regierung erwies sich bezüglich der Inhaftierungen als stur und verwies auf den Rechtsweg und die Unabhängigkeit der Justiz. Premierminister Meles bekräftigte diese Haltung mehrmals im Parlament und vor den versammelten EU-Botschaftern. Um nicht die Aufbauleistungen der vergangenen Jahre zu gefährden, kam es aber bald zu einem Umschwenken bei der Weltbank und der britischen Regierung. Unter Führung der Weltbank wurde ein neues Instrument entwickelt: Protection of Basic Services (PBS). Anstatt direkte Budgethilfe zu geben, werden nun für die Bereiche Landwirtschaft, Wasser, Erziehung und Gesundheit gesonderte Programme mit klaren Umsetzungsvereinbarungen aufgelegt. Ende Mai 2006 unterzeichnete die Weltbank ein erstes PBS-

Abkommen mit der äthiopischen Regierung in Höhe von 215 Mill. USD. Großbritannien und demnächst auch Deutschland wollen sich anschließen und ihre eingefrorene Budgethilfe ebenfalls in PBS Programme umleiten.

Mit der Notlösung PBS können die Geber nach außen hin ihr Gesicht wahren – sie haben ja die direkte Budgethilfe eingestellt und damit ein Zeichen gesetzt gegen die Menschenrechtsverletzungen der äthiopischen Regierung. Doch im Endeffekt sind PBS Programme indirekte Budgethilfen, da sie das ‚normale‘ Budget der Regierung durch Übernahme von Kosten aus anderen Bereichen zumindest teilweise entlasten.

Auch in den übrigen Reaktionen auf die Vorfälle von ‚bad governance‘ zeigten die Geber keine einheitliche und klare Haltung gegenüber der äthiopischen Regierung. Während die EU gegen die blutige Niederschlagung der Demonstrationen im November 2005 und die Inhaftierung der CUD-Führer und Journalisten protestierte und deren umgehende Freilassung forderte, lud Bundespräsident Köhler den äthiopischen Ministerpräsidenten Meles Zenawi unmittelbar nach den November-Unruhen zu den Petersberger Konsultationen ein.

Die USA verweigerten sich einer einheitlichen Geberhaltung, da sie mit dem Konfrontationskurs der EU nicht einverstanden waren, andere Prioritäten (Terrorismus-Bekämpfung) und ein anderes Hilfs-Portfolio haben (keine Budgethilfe, kaum klassische Entwicklungszusammenarbeit, dafür um so mehr Nahrungsmittel- und Katastrophenhilfe).

Sie setzten einerseits lieber auf low profile Beeinflussung der Regierung und übten andererseits Druck auf die Opposition aus, sich nicht völlig zu verschließen. So soll die amerikanische Botschaft versucht haben, CUD-Politiker davon zu überzeugen, die Stadtverwaltung von Addis zu übernehmen. Und eine Zeitlang sah es tatsächlich so aus, als ob dies im Bereich des Möglichen sei.

Gleichzeitig involvierten die Amerikaner über Verhandlungen und Vereinbarungen zu weniger strittigen Punkten wie der Parlamentsgeschäftsordnung, dem Mediengesetz oder dem Capacity-building-Konzept die Regierung Meles wieder in konstruktive Gespräche. Diese Strategie scheint zumindest teilweise erfolgreich:

- Die Empfehlungen einer von verschiedenen Gebern (u.a. der GTZ) finanzierten Untersuchung zu Geschäftsordnungen in föderalen Demokratien wurden von der äthiopischen Regierung zum Teil beherzigt. Im Juni 2006 wurde die Parlamentsordnung leicht geändert und der Opposition zumindest eine Stunde Sprechzeit im Monat für Anfragen und Kommentare eingeräumt. Diese Regelung ist zwar noch weit entfernt von den Spielregeln eines normalen demokratischen Parlamentsbetriebs, aber ein Schritt in die richtige Richtung.
- Das restriktive Mediengesetz, aufgrund dessen die Journalisten inhaftiert sind, soll in der parlamentarischen Sommerpause (Juli bis Oktober) untersucht und danach erneut im Parlament diskutiert werden.

Die bisherige Strategie der Geber, auf Menschenrechtsverletzungen mit politischem und finanziellem Druck zu reagieren, zeitigte kaum Erfolg. Die Regierung Meles ist sich ihrer Rolle als Stabilitätsfaktor in der Region und als enger Alliiierter der USA bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus durchaus bewusst und handelt entsprechend selbstbewusst. Gegenüber anderen Gebern wie EU, Weltbank etc. setzte die Regierung erfolgreich darauf, dass diese ihre substantiellen Investitionen nicht wie in anderen Ländern (etwa Simbabwe) einfach abschreiben, sondern sich Kompromisse finden würden. Die Geber befinden sich in Äthiopien in einer schwierigen Situation, da ihnen die geeigneten Hebel fehlen, um die Regierung Meles zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Verfolgung einer überzeugenden good governance Strategie zu zwingen.

3. Die Opposition – missverstanden oder doch national-chauvinistisch?

Eine Schwierigkeit im Dickicht der äthiopischen Politik bestand und besteht darin, eine klare Einschätzung der Opposition zu bekommen. Aufgrund der Medienmacht der Regierung sind viele Informationen über die Opposition mit Vorsicht zu genießen. Das Bild, das in der internationalen Öffentlichkeit hinsichtlich der äthiopischen Opposition existiert, ist das einer chauvinistisch-amharischen Clique, die am liebsten Eritrea wieder ‚heim ins Reich holen‘, den föderalen Staat rezentralisieren und die Tigraer aus allen Führungspositionen vertreiben würde. Die Wirklichkeit ist wahrscheinlich weitaus differenzierter, aber nicht immer genau zu erkennen.

Die Opposition setzt sich aus zwei Parteien- Bündnissen zusammen:

- Der United Ethiopian Democratic Front (UEDF), vornehmlich aus ethnisch geprägten Parteien des Südens bestehend; und der
- Der Coalition for Unity and Democracy (CUD), die ursprünglich aus vier Parteien bestand. Die im April 2006 formell registrierte CUD-Party (CUDP) setzte sich dann nur noch aus drei Parteien zusammen.

Für UEDF war es nie eine Frage, ihre Parlamentssitze einzunehmen. Sie steht der EPRDF-Regierung zwar kritisch gegenüber, aber nicht fundamentalistisch negativ. Bei CUD liegt der Fall anders: vollkommen davon überzeugt, bei der Auszählung der Wahlen betrogen worden zu sein, und von der Regierung selbst bei der Wahrnehmung einer Oppositionsrolle gehindert zu werden, weigerte sich die Spitze von CUD nicht nur, ihre Parlamentssitze einzunehmen, sondern versuchte auch durch den Aufruf zu zivilem Ungehorsam und öffentlichen Protesten ihrerseits politisch Druck zu machen. Die Folgen wurden oben beschrieben.

Wie fragil die Opposition war und ist, zeigte sich am Verhalten der UEDP-Medhin und ihrem Führer Lidetu. Um eine Haft zu vermeiden, vor allem aber aus Unmut über die Niederlage seines Kandidaten bei der oppositionsinternen Wahl der Bürgermeister-Kandidaten für Addis Abeba, schloss er sich dem Parlamentsboykott nicht an. Stattdessen kam er mit der Regierung zu einer Vereinbarung und zog mit Teilen seiner Fraktion ins Parlament ein. Das Resultat war die Spaltung von CUD. Die EDUP-Medhin von Lidetu wurde von den

anderen in der CUD vertretenen Parteien nicht mehr akzeptiert. Bei der rechtlich notwendigen Registrierung der CUD als eigenständige Partei (nunmehr Coalition for Unity and Democracy Party [CUDP]) war EDUP-Medhin nicht mehr vertreten.

Jedoch ist auch innerhalb der CUDP bislang umstritten, wie das Arrangement mit den von der Regierung Meles diktierten Spielregeln zur Mitarbeit im Parlament gehen soll. Während die inhaftierten Führer dies weiterhin strikt ablehnen, scheinen die sich in Freiheit befindlichen CUDP-Politiker eher einem Kompromiss zuzuneigen.

Die äthiopische Opposition wird von einem weiteren Faktor beeinflusst, der in kaum einem afrikanischen Staat vergleichbar stark ausgeprägt ist: der Diaspora. Vor allem in den USA leben weit über eine Million Äthiopier und auch in Europa gibt es eine substantielle Zahl von Exilanten. Sie setzen sich im Wesentlichen aus drei Gruppen zusammen:

- Flüchtlinge aus der Kaiserzeit und ihre Familien, die oft gut integriert und erfolgreich vor allem in den USA leben und politisch eher zurückhaltend sind.
- Flüchtlinge aus der DERG-Periode, die sich zumeist ebenfalls gut in ihren Gastländern integriert haben und häufig im akademischen Bereich reüssieren.
- Immigranten, die vornehmlich in der letzten Dekade vor allem in die USA ausgewandert sind und eine wichtige Quelle von Finanztransfers und Investitionen in Äthiopien darstellen.

In ihrer Mehrzahl unterstützt die Diaspora die CUDP; dies geschieht nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch und als Anlaufstelle für politische Flüchtlinge. Es gibt einen externen Flügel, der weit aus offensiver als die äthiopische CUDP für die Rückholung des Hafens von Assab (heute Eritrea) und die Re-Zentralisierung des Landes eintritt. Im April 2006 formierte sich in Holland eine breite Alliance for Democracy (AFD), der auch die OLF und die ONLF beitraten und die zum bewaffneten Kampf gegen die äthiopische Regierung aufrief.

Sollte sich hier der Kern einer all-äthiopischen Opposition gegen die EPRDF-Regierung herausbilden, könnte dies der Stabilität des Landes gefährlich werden. Besonders der zunehmende Oromo-Nationalismus und die Ablehnung der Regierung durch große Teile der Oromos stellen für die Regierung eine Herausforderung dar, die sie nicht mehr allein durch Repression und selektive Patronage beherrschen und steuern kann.

Es scheint der Regierung gelungen zu sein, die inner-äthiopische Opposition auseinanderzuidividieren und in Teilen zur Mitarbeit in den Parlamenten zu bewegen. Damit scheint zunächst die unmittelbare Krise unter Kontrolle, allerdings ohne dass absehbar ist, wie die Regierung ihrem rapiden Legitimitätsverlust begegnen kann. Die externe Opposition wird zum Teil als revanchistisch und extrem nationalistisch (CUD), zum Teil als sezessionistisch und stabilitätsgefährdend eingestuft und erhält daher kaum internationale Unterstützung. Es bleibt abzuwarten, ob es der externen Opposition gelingt, in Äthiopien intensiver Fuß zu fassen, oder ob die interne Opposition eine konstruktive Rolle bei der Vermittlung eines demo-

kratisch-pluralistischen und friedlichen politischen Diskurses zu spielen in der Lage ist.

4. Wirtschafts- und entwicklungspolitische Fragen

Die sich verschlechternde Sicherheitslage in ländlichen Gebieten und der damit einher gehende Verlust an staatlicher Kontrolle wirft die Frage auf, in welchem Maße die ambitionierten Entwicklungsprogramme in Zukunft überhaupt realisiert werden können. Denn wirtschaftliche Entwicklung ist stark von staatlicher Planung und staatlichen Ressourcen abhängig. Nur in den urbanen Zentren existiert ein kleiner privater Sektor.

Im Kontext der UN-Millenniumsziele (Millennium Development Goals, MDG) hat die Regierung Meles im März 2006 die Fortsetzung der bereits 1993 verabschiedeten, Agricultural Development-led Industrialisation strategy' (ADLI) verkündet, die auf den dominanten (kleinbäuerlichen) Agrarsektor als Motor für industrielle Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Reduzierung der Armut setzt. Als leuchtende Beispiele werden gerne die Leder-Industrie und die boomende Schnittblumen-Industrie genannt^{xiv}. Doch kommt die kleinbäuerliche Produktion kaum voran:

- Technologisch befindet sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft Äthiopiens mit Holzpflug und Ochsenengespann noch auf dem gleichen Stand wie vor 100 Jahren.
- Landwirtschaftliche Beratungs- und Hilfsprogramme haben nicht genug Durchschlagskraft, um einen den natürlichen Ressourcen angemessenen technologischen Wandel herbeizuführen^{xv}.
- Vermarktungsstrukturen sind unzureichend entwickelt, was die Verteilung von Düngemitteln und Saatgut ebenso erschwert, wie den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte.
- Das Verkehrsnetz, insbesondere abseits der Hauptstrassen ist rudimentär: Eselspfade und Behelfsbrücken sind oft die einzigen Verbindungswege zwischen Produzenten Märkten.

Ein weiteres Grundproblem ist die starke Regenabhängigkeit der äthiopischen (Land-) Wirtschaft: bei einer ergiebigen Regenzeit kann das Wirtschaftswachstum durchaus zweistellig werden (2004: 11.6%), im Fall einer Dürre kann es aber auch negative Werte erreichen (2003: -3.8%). Noch immer leben rund 85% der rasch wachsenden Bevölkerung^{xvi} von der Landwirtschaft; eine Dürre hat daher sogleich existentielle Auswirkungen.

Die Regierung Meles identifizierte bereits 1997/98 neben der fehlenden Verkehrsinfrastruktur vor allem die durchgängig schwache technische, wissenschaftliche und Vermarktungs- Kompetenz in der äthiopischen Gesellschaft als Haupthindernis für eine nachhaltige, sich selbst tragende Entwicklung. Eine ‚National Capacity Building Strategy‘, die ausdrücklich auch den Privatsektor mit einschließt, soll dem abhelfen.

Die deutsche Regierung wurde von der äthiopischen Seite auserkoren, einen besonderen Beitrag durch das ‚Engineering Capacity-

Building Program' (ECPB) der GTZ zu leisten. Mit einem Volumen von über 100 Mill. Euro stellt das ECPB eines der größten deutschen Projekte Technischer Zusammenarbeit dar. Es scheint jedoch fraglich, ob es bis 2008 realisiert werden kann.

Statt der Gesellschaft Anreize und Freiräume zu gewähren, setzt die äthiopische Regierung auf staatlich kontrollierte und gesteuerte Strategien. Eine Unzahl von Ministerien, Stabstellen und Arbeitsgruppen wurde auf allen Ebenen etabliert, um etwa die capacity building Strategie umzusetzen; gleiches gilt für das neu entdeckte Interesse an good governance. Dies ist generell der äthiopische Problemlösungsansatz – staatliche Institutionen als Problemlöser und gleichzeitig als Kontrollorgane – und an sich eines der Grundprobleme in der äthiopischen Gesellschaft. So ernsthaft die Anstrengungen der Regierung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, auch sein mögen: das grundsätzliche Misstrauen der Herrschenden gegenüber den Bürgern, die oft eher als Objekte, denn als mündige Bürger begriffen werden, lässt eine freie Partizipation und damit im Endeffekt eine nachhaltige Entwicklung kaum zu.

Von einer Förderung des Privatsektors – wie in etlichen Regierungsdokumenten angekündigt – kann ebenfalls kaum die Rede sein. Einerseits sind die bürokratischen Hürden für Investitionsgenehmigungen immer noch hoch^{xvii}, und essentielle Importe werden weiterhin mit hohen Einfuhrzöllen belegt. Andererseits erlaubt die Regierung privaten Investoren offensichtlich nur im Schnittblumenbereich eine relativ freie Betätigung. Hat in anderen Bereich ein privates Unternehmen Erfolg, muss es damit rechnen, entweder zur Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsimperium der TPLF gezwungen zu werden oder mit ruinösen Strafsteuern belegt zu werden. Eine große Ausnahme macht die Regierung beim saudisch-äthiopischen Geschäftsmagnaten Al-Ahmodi (genannt „the sheik“), dessen Holding-Company MIDROC das größte Wirtschaftsunternehmen des Landes ist. MIDROC ist im Baugeschäft tätig, besitzt eine große Anzahl von Immobilien, ein Tankstellennetz sowie mit dem Addis Sheraton ein Luxushotel internationaler Kategorie. Darüber hinaus beutet er die äthiopischen Goldminen aus, besitzt Brauereien (Dashen Bier, Pepsi etc.) und ein Vertriebsnetz für Getränke. Er steht der Regierung Meles sehr nahe und wird durch sie auch besonders geschützt.

Das zweite große Wirtschaftsimperium Äthiopiens mit mehr als 20.000 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp 3 Mrd. Birr ist der Endowment Fund for the Rehabilitation of Tigray (EFFORT), das von der TPLF kontrolliert wird^{xviii}. Daneben existieren noch weitere NGOs, die wie die Relief Society for Tigray (REST) oder die Tigray Development Association (TDA) allesamt TPLF-kontrolliert sind, aber in den vergangenen Jahren Empfänger großer Hilfsprogramme internationaler Geber waren. Ähnliche NGOs wurden auch in anderen Regionen etabliert. Obwohl ihre Hauptaufgabe die Linderung sozialer Notsituationen war (und ist), sind diese NGOs auch wirtschaftlich tätig geworden: Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, Mikrofinanzinstitutionen, Agrar-Vermarktung, Bauwirtschaft sowie Restaurants und Hotels etablierten seit Mitte der 90er Jahre ein weiteres schwer durchschaubares Geflecht der TPLF nahe stehender Unternehmen.

Mit diesen parteieigenen oder durch die Partei kontrollierten Wirtschaftsunternehmen besitzt die TPLF ein machtvolleres Patronage-

Instrument, dessen Möglichkeiten noch durch die des Wirtschaftsimperiums Al-Ahmodis ergänzt werden. Verdiente Kader werden mit Arbeitsplätzen und Einkommen versorgt; kritische Stimmen mit Angeboten geködert und der eigentlichen Machtelite der TPLF wird ein starker Loyalitäts-Anreiz geboten. Für den Machterhalt der Regierung Meles stellt das para-parteiliche Wirtschaftsimperium ein wichtiges Element dar. Die Opposition aus dem Ausland hat deswegen verstärkt seit November 2005 zum Boykott dieser Firmen und ihrer Produkte aufgerufen.

Die sozialen Probleme Äthiopiens - Armut, Arbeitslosigkeit und unzureichende soziale Versorgung - sind überall evident. Mehr als die Hälfte aller Äthiopier lebt unter der Armutsgrenze von einem US Dollar pro Tag. Der soziale Schmelztiegel Addis Abeba, mit mehr als 4 Millionen Menschen steht unter immensem Druck, der es fast als Wunder erscheinen lässt, dass es nicht häufiger zu Gewaltausbrüchen kommt. Die Jugendarbeitslosigkeit steht bei weit über 50%, und aufgrund des starken Bevölkerungswachstums ist es selbst bei hohen Wachstumsraten kaum möglich, den hohen Bestand an Arbeitslosigkeit signifikant abzubauen. Vor diesem Hintergrund ist es machttaktisch sogar nachvollziehbar, wenn die Regierung auf Kontrolle und Überwachung setzt, da sie soziale Unruhen und Unregierbarkeit fürchtet^(xix). Jedoch haben die oft überzogenen und brutalen Kontrollmaßnahmen der Sicherheitskräfte dazu beigetragen, dass die Regierung in Addis Abeba stark an Vertrauen verlor und in den Stadtratswahlen 2005 nur noch 2 von 138 Sitzen gewann.

5. Umweltprobleme^(xx)

Das wahrscheinlich dringendste Problem, mit dem sich Äthiopien gegenwärtig konfrontiert sieht, ist die Übernutzung seiner natürlichen Ressourcen. Einige Zahlen verdeutlichen das Ausmaß des Problems:

- Um 1960 herum war Äthiopien zu rund 40% mit Wald bedeckt; heute noch zu knapp 4%.
- Jedes Jahr gehen etliche tausend Tonnen fruchtbarer Mutterboden durch Erosion verloren.
- Der Wasserspiegel in der Seen-Platte des Rift Valleys, aber auch im Tana-See (Quelle des Blauen Nils) und in vielen Flüssen sinkt dramatisch.
- Äthiopien ist eines der am stärksten gefährdeten „Biodiversity hotspots“ in der Welt.

Zwar sind sich die Regierung und eine wachsende Zahl von NGOs dieser Herausforderung bewusst, aber die Umweltzerstörung schreitet weiter voran. Schuld daran ist zum einen sicherlich das rapide Bevölkerungswachstum, zum anderen aber auch die Ignoranz vieler Entscheidungsträger, die, ganz dem Modernisierungsgedanken verhaftet, traditionelle landwirtschaftliche Praktiken und Investitionen über alles stellen. Zwar sind Umweltverträglichkeitsprüfungen für viele Investitionsformen vorgeschrieben, doch wird dies etwa für die Schnittblumenindustrie weitgehend ignoriert. Hier gilt: jede zusätzliche Investition ist willkommen, über die Konsequenzen für die Umwelt machen wir uns später Gedanken^{xxi}.

Die Kombination von Bevölkerungsdruck und Investitionsprimat hat weiterhin katastrophale Auswirkungen auf die wenigen verbliebenen ursprünglichen Regenwälder. In den letzten fünf Jahren sind einerseits Tausende von Hektar Regenwald neuen Tee-, Kaffee- und Gummi-Plantagen zum Opfer gefallen. Dabei wurden die legalen Rechte der Ureinwohner auf traditionelle Nutzung der Wälder missachtet und diese zumeist vertrieben. Andererseits haben schlecht geplante Umsiedlungsprogramme besonders im Südwesten Äthiopiens zur weitflächigen Abholzung und zu bewaffneten Konflikten zwischen Neuankömmlingen und eingesessener Bevölkerung geführt.

Die Boden-Erosion wird ebenfalls durch den steigenden Bevölkerungsdruck, aber auch durch veraltete Anbau-Methoden, unzureichende landwirtschaftliche Beratung und das die Eigenverantwortung unterminierende (kommunale) Eigentumsrecht vorangetrieben. Kaum gibt es noch irgendwo windbrechende Bäume oder Hecken auf den Feldern^{xxii}, die zunehmend auch an Hängen angelegt werden und damit bei den heftigen Regenfällen extrem erosionsanfällig sind. Eine starke Überweidung – Äthiopien ist das afrikanische Land mit der höchsten Nutztierdichte – schwächt die labile Ökostruktur weiter.

Die Folge sind periodisch auftretende Hungersnöte, da die Erträge zurückgehen, und weitere Urbarmachungen von Wäldern oder nur bedingt landwirtschaftlich nutzbaren Gebieten. Dies wiederum reduziert die vorhandenen natürlichen Ressourcen weiter und verstärkt die negativen Folgen für Bodenfruchtbarkeit, Wasserreservoirs und Bio-Diversität – ein Teufelskreis.

6. Die Krise am Horn von Afrika – Eritrea und Somalia

Äthiopiens Regierung unterstützte früh den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Als Belohnung erhält das Land finanzielle wie politische Unterstützung durch die USA. Innenpolitisch half dies, der Nachwahl-Krise Herr zu werden (s.o.), außenpolitisch verschafft es der Meles-Regierung zusätzliche Spielräume im andauernden Konflikt um die genaue Grenzziehung gegenüber Eritrea.

Das Mandat der UN Mission in Ethiopia and Eritrea (UNMEE) wurde, wenngleich mit reduzierter Truppenstärke, im Berichtszeitraum zweimal verlängert. Die Anwesenheit der UNMEE wird als notwendig erachtet, da sich Äthiopien weiterhin weigert, die Entscheidung der Eritrea-Ethiopia Boundary Commission (EEBC) anzuerkennen und einige Landstriche an Eritrea abzugeben. Eritrea schränkte die Bewegungsfreiheit der UNMEE-Truppen auf seinem Territorium stark ein, um damit Druck auf die äthiopische Regierung auszuüben, erreichte damit jedoch bislang nur, dass es seitens der UN kritisiert wurde.

Die äthiopische Regierung wird es sich aus innenpolitischen Gründen nicht erlauben können, die Entscheidung der EEBC umzusetzen. Die in der CUD(P) versammelte vornehmlich amharisch-nationalistische Opposition würde dies sofort als Verrat an der äthiopischen Sache anprangern und die politische Legitimation der Regierung weiter unterminieren.

Die letzten Entwicklungen in Somalia^(xxiii) mit dem Sieg der United Islamic Courts (UIC) haben die Stellung der äthiopischen Regierung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gestärkt. Premierminister Meles konnte darauf verweisen, dass wichtige Führer der UIC enge Kontakte zu al-Qaida besäßen und in der Vergangenheit von Eritrea für Attacken gegen Äthiopien instrumentalisiert worden seien. Es ist davon auszugehen, dass die USA nach dem Scheitern ihrer Somalia-Politik (Niederlage der von ihnen unterstützten Warlords) auf die Regierung Meles bei der Eindämmung der UIC setzen.

7. Ausblick

Mit dem neu eröffneten Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Äthiopien werden zukünftig zivilgesellschaftliche Aktivitäten unterstützt, die sich vornehmlich auf die Bereiche Demokratie-Förderung, Umwelt und Gender konzentrieren werden.

In der diesjährigen Arbeit standen die Weiterführung der Arbeit mit den Projektpartnern und der Aufbau des neuen Büros im Vordergrund. Die weiterhin angespannte innenpolitische Lage und die anhaltende Sprachlosigkeit zwischen den politischen Lagern machen einen dialogorientierten Ansatz im Demokratiebereich notwendig, der auch in den Bereichen Umwelt und Gender verfolgt wird.

Welchen Spielraum die Heinrich-Böll-Stiftung für ihre Arbeit hat, wird auch davon abhängen, ob sich die innenpolitische Lage entspannt und neue Freiräume für politischen Dialog entstehen.

Glossar

AFD	Alliance for Democracy
CUD	Coalition for Unity and Democracy
EEBC	Ethiopian Eritrean Border Commission
EFFORT	Endowment Fund for the Rehabilitation of Tigray
EIU	Economist Intelligence Unit
EPRDF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EU	European Union
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
MDG	Millennium Development Goals
NRO/NGO	Nichtregierungs Organisation
OLF	Oromo Liberation Front
ONLF	Ogaden National Liberation Front
PBS	Protection of Basic Services
REST	Relief Society for Tigray
TDA	Tigray Development Association
TPLF	Tigray People's Liberation Front
UEDF	United Ethiopian Democratic Front
UIC	United Islamic Courts
UNMEE	UN Mission in Eritrea and Ethiopia

Wichtige Ereignisse im Berichtsjahr

		April 2006	CUD lässt sich als CUDP registrieren, um im Parlament mitwirken zu können.
August 2005	Unter Vermittlung von EU-Delegationsleiter Tim Clarke treffen sich die Spitzen von EPRDF und CUD zu Gesprächen über die politische Beteiligung der Opposition. Die Gespräche haben keine konkreten Ergebnisse.	Mai 2006	Bei weiteren Bombenanschlägen in Addis Abeba sterben sechs Menschen.
September 2005	Die Wahlkommission veröffentlicht mehr als drei Monate nach den Wahlen endlich die endgültigen Wahlergebnisse	Juni 2006	Die Weltbank unterzeichnet das erste Abkommen zur „Protection of Basic Services“ (PBS) über 215 Mill. USD mit der äthiopischen Regierung.
Oktober 2005	Die Führer von CUD weigern sich, ihre Parlamentssitze einzunehmen, da sie das Wahlergebnis nicht anerkennen.		
November 2005	Die Führer von CUD werden angeklagt, Hochverrat begangen und zum Völkermord aufgerufen zu haben; sie werden inhaftiert. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kommen mindestens 42 Menschen um. Tausende werden inhaftiert.	<hr/> ⁱ Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front ⁱⁱ ⁱⁱⁱ Bei insgesamt 545 - 550 Sitzen ^{iv} . CUD setzte sich ursprünglich aus 4 Parteien zusammen, die z.T. schon länger bestanden hatte: Ethiopian Democratic United Party-Medhin (EDUP-Medhin); All Ethiopian United Party (AEUP); Rainbow Party; und Ethiopian Democratic League (EDL). ^v . Die EPRDF ist ihrerseits ein Parteien-Bündnis, das allerdings von der Partei von Premierminister Meles Zenawi, der Tigray People's Liberation Front (TPLF) dominiert wird. ^{vi} . Lt. W.Smit, (2005) war die Beteiligung an beiden Demonstrationen weitaus höher: 1,2 Mill. Menschen während der regierungsamtlichen Demonstration am 7.5.2005 und noch wesentlich mehr am Tag darauf, als die CUD die Stadt mobilisierte. ^{vii} . Vgl. Smit (2005) ^{viii} . Die <i>International Federation of Journalists</i> (FIJ) kritisierte im	
Januar 2006	Während der Timkat-Feiern kommt es wieder zu Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Polizei, bei denen mindestens drei Menschen ums Leben kommen. Eine erste Serie von Bomben explodiert in Addis, bei der jedoch niemand zu Schaden kommt.	^{ix} . Während der <i>Timkat</i> -Feierlichkeiten kam es jedoch auch noch einmal zu Ausschreitungen, denen drei Menschen zum Opfer fielen, als Jugendliche die Bundespolizei provozierten und wohl auch angriffen. ^x . Augenblicklich sind die Oromo Liberation Front (OLF), die Ogaden National Liberation Front (ONLF) und verschiedene kleinere Bewegungen in Gambella im Norden des Landes aktiv. ^{xi} . Die Untersuchungskommission verschob bislang zweimal die Vorlage eines Berichtes, Die Zwei-Drittel Mehrheit der EPRDF im Parlament erlaubte der Regierung diese Verzögerungen und es ist fraglich, ob der Bericht bei der nächsten Parlamentssitzung im Oktober 2006 vorgelegt wird. ^{xii} . Während die USA Budgethilfen ablehnen, werden diese vor allem von der EU und den Briten (DFID) bevorzugt. Die Bundesrepublik Deutschland hat damit begonnen, ebenfalls Budgethilfen zu gewahren. ^{xiii} Quelle: Economist Intelligence Unit (EIU), 2005 ^{xiv} .) Gerade bei der Schnittblumen-Industrie sollten jedoch Zweifel an der Nachhaltigkeit und der Umwelt-verträglichkeit angemeldet werden. Nach den Erfahrungen u.a. aus Kenia, wo die Industrie nach Konsumtion der frei verfügbaren natürlichen Ressourcen (Böden und vor allem Wasser) das Land bereits wieder – z.T. in Richtung Äthiopien –	
März 2006	Addis Abeba wird von einer weiteren Serie von Bombenanschlägen erschüttert, bei denen 1 Mensch ums Leben kommt. Der Federal High Court entlässt 18 seit November 2005 inhaftierte Oppositionspolitiker und Journalisten		

verläßt, wäre eine vorsichtige und vorausschauende Politik notwendig. Diese ist aber nicht in Sicht.

^{xv} . Im Norden Äthiopiens etwa gibt es für mehr als 1000 kleine Bewässerungsanlagen von Kleinbauern nur 6 Berater, die zudem meist öffentliche Transportmittel angewiesen sind, da es ihnen an Fahrzeugen fehlt.

^{xvi} . Lt. neuesten Berechnungen der Regierung nimmt die Bevölkerung jährlich um 2,5 Millionen Menschen zu. Es ist daher absehbar, wann bei der momentanen Bevölkerungszahl von 77 Millionen die 100-Millionen-Grenze erreicht sein wird (etwa 2015).

^{xvii} . Wengleich der Minister für *Capacity-Building*, Tefera Waliwa auf einer Veranstaltung des Goethe-Instituts im Mai 2006 stolz behauptete, die Zeit für die Erteilung einer Investitionslizenz von rund 30 Tagen auf 12 Stunden reduziert zu haben.

^{xviii} . Offiziell ist EFFORT eine *non-governmental public charity*, in realiter eine von TPLF-Kadern kontrollierte und fuer den Patronage-Apparat zentrale Wirtschaftsholding; vgl Schroeder 2006..

^{xix} . Addis Ababa ist im übrigen eine, wenn nicht die einzige Hauptstadt in Afrika, in der man/frau abends, ohne Furcht ausgeraubt zu werden, spazieren gehen kann

^{xx} . Dieser Teil beruht im Wesentlichen auf Informationen von hbs-Partnern .

^{xxi} . Es gibt eine spezielle Task Force unter dem Minister für Industrie und Handel, die alle drei Monate die Blumenfarmen aufsucht und etwaige Investitionshindernisse per "ordre de mufti" aus dem Weg schafft.

^{xxii} . Diese sind bereits dem Brennstoffbedarf zum Opfer gefallen.

^{xxiii} . Hier ist der Südteil des Landes mit der Hauptstadt Mogadishu gemeint. Es existieren weiterhin das halbwegs autonome Puntland und das sich als eigener Staat gebärdende Somaliland im Norden mit dem Hauptort Hargeisa.